

Call for Papers

Heft 2 | 2027

Politische Bildung

Guest Editor

Michael Schemmann

Handling Editors

Elke Gruber & Ekkehard Nüssli

Die Hauptaufgabe der politischen Bildung in Deutschland nach dem Zweiten Weltkrieg lag in der (Um-)Erziehung zur Demokratie. Sie veränderte sich zunehmend, auch deshalb war immer wieder von ihrer „Krise“ die Rede. Die Lehre von den politischen Strukturen, Institutionen, Verfahren und Prinzipien in einem demokratischen Staat wich mehr und mehr Diskursen zu Teilhabe, Bewusstsein, Solidarität und Gleichberechtigung. Es blieb jedoch der Kern der politischen Bildung, der Fokus auf Demokratie. „Politische Bildung“ in Deutschland, aber auch in den „westlichen Demokratien“, ist quasi synonym zu „demokratischer Bildung“. Demokratie muss erlernt werden, wie Oskar Negt es formulierte. Und möglicherweise müssen Demokratie und Politik heute anders oder präziser definiert – und anders erlernt – werden.

In Deutschland und in vielen anderen Ländern nicht nur Europas wird seit etwa zehn Jahren eine „Demokratiedämmerung“ konstatiert (Selk 2023), eine Art Aushöhlung dieser Staatsform und ihrer Werte, wie Freiheit, Partizipation, Selbstverwirklichung und Frieden. Insbesondere Gruppierungen und Ideologien am rechten Rand des politischen Spektrums sind stärker geworden, ihre Ziele und Methoden verändern die politische Kultur. Gesprochen wird von einer Erosion der politischen Mitte, aber auch deren Entpolitisierung. Populismus und Extremismus sind gravierende Probleme für die politische Bildung. Sie werden umso bedeutsamer, als globale Krisenerscheinungen, wie Kriege, Ökologie und Armut, mehr und mehr Anforderungen an die politische Entscheidungsfähigkeit der Menschen stellen. Ansätze einer „wehrhaften Demokratie“ über politische Programme und Förderungen (Bundesministerium des Innern 2024; Widmaier 2024) zeigen die Brisanz und Reichweite der Veränderungen. Wesentliche Problemfelder gegenwärtiger politischer Bildung sind die folgenden.

Populismus und Bildung

Populismus ist kein neues Phänomen der politischen Realität. Seit etwa zwanzig Jahren wird er auch in Europa immer stärker, der Berlusconiismus in Italien, Geert Wilders in den Niederlanden, die Front National in Frankreich, die AfD in Deutschland sind Beispiele dafür. „Populismus“ kennzeichnet eine politische Interaktion und Kultur, in der das „einfache Volk“ gegen eine „korrupte Elite“ ausgespielt wird, der „kleine Mann“ gegen das Establishment. Populismus vereinfacht, emotionalisiert (Ängste, Vorurteile etc.), personalisiert, polarisiert und moralisiert. Populismus wendet sich gegen Wissenschaft (vereinfachend), gegen Intellektuelle und Intellektualismus, gegen Institutionen. Das Erstarken des Populismus ist verbunden mit raschem gesellschaftlichem Wandel, zunehmender Komplexität,

mit Krisen (Migration, Klima etc.) und wachsender Ungleichheit. Welche Zusammenhänge zwischen Populismus und sozialer und politischer Lage sind neu erforscht und mit politischer Bildung in Beziehung gesetzt worden?

Erosion der politischen Mitte

Die Wahlen in Deutschland in der jüngsten Vergangenheit zeigen ein Erstarken der rechten Seite des Parteienspektrums, die so genannte politische Mitte wird quantitativ immer schwächer. In der Parteien- und Wahlforschung werden eine Abnahme der Parteienbindung und eine Zunahme der Politikverdrossenheit festgestellt. Die Selbstdefinition als „Volkspartei“ für alle Bevölkerungsgruppen wird zunehmend obsolet. Vielfältige Ursachen werden festgestellt, etwa die Zunahme sozialer und regionaler Mobilität, die Wahrnehmung ungelöster Krisen (Migration, Armut, Umwelt), ein Vertrauensverlust in politische Parteien und Institutionen. Neuere Studien vermuten einen qualitativen Wandel, den Verlust des Politischen in der bürgerlichen Mitte, eine Tendenz zu geringerer politischer Debatte, geringerem Interesse und geringerer Beteiligung. Der Aufbau politischer Meinungs- und Willensbildung von „unten“ nach „oben“ in den gegebenen politischen Strukturen (vor allem Parteien und Institutionen) hat zunehmend Probleme, nicht zuletzt auch ein fehlendes Vertrauen. Unklar ist die Rolle politischer Bildung Erwachsener in diesem Kontext, ihrer Aktivitäten, Möglichkeiten und Grenzen. Welche Ansätze gibt es und wie sind die Erfahrungen mit ihnen?

Politische Bildung und digitale Räume

Soziale und politische Diskussion findet zunehmend digital statt. Die Medientechnologie hat die Möglichkeit geschaffen, direkte Kommunikation in virtuelle Räume zu verlagern, damit auch ein Stück weit wachsende kommunikative Disparitäten zu substituieren. Die Diskussion über politische Ereignisse findet zunehmend in sozialen Medien statt, dabei werden nicht nur Informationen, sondern auch Normen und Werte ausgetauscht und entwickelt. Dies gehört zur alltäglichen Lebenswirklichkeit von immer mehr Menschen. Der Einfluss der digitalen Kommunikation auf Wahlen ist unstrittig gewachsen, deren Bedeutung für öffentliche Meinungsbildung und Wertentwicklung wird zunehmend wahrgenommen. Für die politische Bildung sind Möglichkeiten zum freien Diskurs, zur Reflexion und zum Austragen von Konflikten unerlässlich. Hinsichtlich digitaler Räume wird mehr und mehr die Gefahr abgeschotteter Diskurse, Echoräumen und Bubbles erkannt, durch die eben dieser Austausch unterbunden wird. Es ist daher nicht nur zu erörtern, wie politische Bildung in diesen Räumen stattfindet und stattfinden kann, sondern auch, wie die digitalen Strukturen medienpädagogisch und medienpolitisch zu gestalten sind, um politische Diskurse zu ermöglichen und zu befördern. Welche neueren Erkenntnisse gibt es hinsichtlich der politischen Diskussion in digitalen Räumen und ihrer adäquaten Organisation? Welche Rolle spielen digitale und virtuelle Welten in der heutigen Realität der politischen Bildung?

Politische Bildung und Arbeit

Bildungsrelevanz von Arbeitsplätzen war in der Bundesrepublik Deutschland bereits in dem Programm „Humanisierung der Arbeitswelt“ (1974–1989) ein wichtiges Thema, auch wenn es dabei mehr um individuelle, allgemeine und berufliche Bildung ging. Allerdings waren Mitbestimmung und Teilhabe ein wichtiges Moment. Auch in der Lernort-Diskussion spielten Betriebe und Arbeitsplätze eine wichtige Rolle. Heute ist unstrittig, dass politische Bildung nicht an den Werkstoren und Bürotüren endet. Dies liegt auch daran, dass soziale und kommunikative Kompetenzen im Arbeitsleben als

immer bedeutsamer eingeschätzt werden. Zentrale Fragen der politischen Bildung heute – Nachhaltigkeit, Umwelt, Mitbestimmung, Gerechtigkeit, Migration und Integration – sind bei der Gestaltung und Entwicklung von Arbeitsplätzen unabdingbar. Dennoch sind viele Fragen unbeantwortet. Vielfach sind politische Bildungsanlässe in beruflichen Kontexten zu ermitteln und in geeignete didaktische Konzepte zu übersetzen, die sich auch im betrieblichen Kontext umsetzen lassen. Auch die Kooperation zwischen Betrieben und Einrichtungen der politischen Bildung sind weiterzuentwickeln und zu untersuchen. Die Lernortdebatte ist hier noch nicht am Ende, wie das Programm zur Demokratiestärkung am Arbeitsplatz der Bundeszentrale für Politische Bildung verdeutlicht. Welche neuen Erkenntnisse liegen zur politischen Bildung im Arbeitskontext und zur Kooperation von Einrichtungen der politischen Bildung und Betrieben vor? Inwieweit wird politische Bildung mit der Arbeitswelt verknüpft, nicht nur als Lernort, sondern als integrative Komponente einer politisch relevanten Lebenswelt? Welche innovativen Wege aufsuchender Bildungsarbeit und Erschließen wirkungsvoller Lernorte wurden entwickelt und erprobt?

Narrative und „Verschwörungstheorien“

Ein zunehmend bedeutsames Feld für politische Bildung liegt im Bereich der politischen Didaktik, die sich mit Narrativen und Verschwörungstheorien auseinandersetzen muss. Die traditionell relevante Frage der „Deutungsmuster“ bei Interpretation und Wissen im sozialen und politischen Umfeld hat hier mittlerweile gravierende Dimensionen erreicht. Die Debatte um Narrative und Emotionen zeigt, dass die auf Analyse und Rationalität setzende politische Bildung an Vermittlungsgrenzen stößt. Interessen und Konflikte sind in komplexe Narrative eingebunden, die Lebenswelt und Erfahrungen der Menschen spiegeln und unterstützen. Die Analyse von Verschwörungstheorien zeigt, dass es nicht nur um falsche Fakten geht, die widerlegbar sind, sondern um Ängste, Unsicherheiten, Verdächtige und Unklarheiten, die mit Vertrauensverlusten und Widerständen verbunden sind. Politische Bildung befindet sich hier in der Suche nach Ansatzpunkten, überhaupt in Prozesse der kritischen Reflexion einzutreten. Zu fragen ist, welche Kenntnisse über das Entstehen von Verschwörungstheorien und den Umgang mit ihnen in Prozessen der politischen Bildung vorliegen? Welche neuen Wege der Didaktik politischer Bildung beschäftigen sich mit Emotionen, mit Narrativen und mit Verschwörungstheorien?

Finanzen, Wirtschaft, Politik

In immer stärkerem Umfang spielen Fragen von Wirtschaft und Finanzen eine Rolle in der öffentlichen Debatte. Ob es um die politischen, sondern auch ressourcenorientierten (Öl, Bodenschätze) Ursachen von Kriegen (z.B. Ukraine, Iran) geht oder globales Vertrauen in die Sicherheit einer Reserve Currency (seit Bretton Wood der Dollar) – die Dominanz von Wirtschaft und Finanzen in der Interessenfindung und -steuerung wird immer transparenter. Politik erscheint demgegenüber immer weniger als Strukturierungsmittel, denn als Erfüllungsgehilfe. Das meiststudierte Fach in Deutschland und anderen europäischen Ländern ist mittlerweile „Ökonomie“ in seinen unterschiedlichen Schwerpunkten von Management, Märkten und Finanzen. Findet sich diese Entwicklung in den Programmen der Erwachsenenbildung wieder, inwieweit wird dies mit politischer Bildung verbunden? Welche Varianten von Demokratiebildung sind in Zeiten des Ökonomismus entwickelt?

Darüber hinaus sind Beiträge willkommen, in denen internationale oder international-vergleichende Perspektiven auf den Gegenstand Politische Bildung bearbeitet werden, die hier nicht angeschnitten werden konnten. Es können Beiträge in deutscher oder englischer Sprache eingereicht werden, die quantitative und/oder qualitative Methoden anwenden oder theoretisch-konzeptionell verfasst sind.

* * *

Gerne können Sie vorab eine **Skizze** Ihres Beitrags (max. 500 Wörter) einreichen, die mit den Herausgebenden konkretisiert werden kann. Senden Sie diese Skizze bitte bis zum **20. September 2026** an die Redaktion: redaktion-zfw@die-bonn.de

Ihr **Manuskript** reichen Sie bitte über das Portal des Verlags ein: www.springer.com/journal/40955

Einsendeschluss für Manuskripte: 30. November 2026

Erscheinungstermin: 01. August 2027

Die Redaktion nimmt Manuskripte nur zur Erst- und Alleinveröffentlichung an. Alle Beiträge durchlaufen ein doppelt anonymisiertes Peer Review.

Nähere Informationen zur Zeitschrift sowie zur Einsendung von Manuskripten finden Sie auf der Website www.springer.com/journal/40955

Finanzierung der Artikelgebühren

Die ZfW nimmt als Fully-Open-Access-Journal an der Vereinbarung zwischen Springer Nature und dem Projekt DEAL teil. Die Kosten für die Veröffentlichung der Artikel werden von dieser Vereinbarung gedeckt, sofern die *corresponding authors* an einer an DEAL teilnehmenden Institution tätig sind. Dies sind in der Regel alle deutschen Hochschulen und Forschungseinrichtungen. Sobald der Artikel zur Publikation akzeptiert wurde, wird die Anbindung des *corresponding authors* an eine an DEAL teilnehmende Institution überprüft.

Für Autorinnen und Autoren aus Einrichtungen und Ländern, die *nicht* am Projekt DEAL teilnehmen, werden die Gebühren vom DIE übernommen. Wenden sich in diesem Fall bitte an die redaktion-zfw@die-bonn.de

Literatur

Bundesministerium des Innern (2024). *BMI - Strategie für Demokratie und gegen Extremismus - Strategie "Gemeinsam für Demokratie und gegen Extremismus"*.

Selk, V. (2023). *Demokratiedämmerung. Eine Kritik der Demokratietheorie*. Suhrkamp.

Widmaier, B. (2024). Stichwort: Demokratie und Bildung. *weiter bilden. DIE Zeitschrift für Erwachsenenbildung*, (3), 12–13.